

Einfache Anfrage Dietsche-Oberriet vom 16. März 2017

Verkehrssituation rasch aufgreifen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 16. Mai 2017

Marcel Dietsche-Oberriet erkundigt sich in seiner Einfachen Anfrage vom 16. März 2017 nach Massnahmen, welche die schwierige Verkehrssituation am Grenzübergang Kriessern–Mäder entspannen könnten.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Das Zollamt Kriessern befindet sich unmittelbar an der Autobahnausfahrt Nr. 4 der A13. Es besteht dort kein Raum für die Abfertigung von grenzquerendem Güterverkehr. Dieser Umstand verursacht massive Störungen (Rückstau) am Nationalstrassenanschluss, aber auch bis auf die Kantonsstrasse Nr. 68 von Altstätten nach Kriessern. Das Manövrieren der grenzquerenden Lastwagen führt auch vermehrt zu sicherheitskritischen Situationen.

Zu den einzelnen Fragen:

1./2. Die Situation am Grenzübergang Kriessern–Mäder ist der Regierung durchaus bekannt. Sie ist deshalb seit Jahren bemüht, die betroffenen Bundesämter der Schweiz und der Republik Österreich wie auch die kantonalen Ämter zu koordinieren und mit Massnahmen verschiedener Fristigkeiten die Situation an den Grenzübergängen zu verbessern. Dazu besteht schon seit mehreren Jahren eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der österreichischen und Schweizer Behörden zur Lösungsfindung für die Probleme im Zusammenhang mit dem grenzquerenden Verkehr. Der Befreiungsschlag mit einer grossen Gemeinschaftszollanlage gemäss Strategie der Eidgenössischen Zollverwaltung ist noch nicht konkret absehbar. Die kurzfristig umsetzbaren Massnahmen beschränkten sich bisher auf Verbesserungen am Zollamt Au–Lustenau.

Auf österreichischer Seite wurden im Zusammenhang mit der Instandstellung der Rheinbrücke Au–Lustenau im Sommer 2016 auf dem Gemeindegebiet von Mäder Erweiterungen der Warteplätze für die Einreise in Richtung Schweiz geschaffen. Am 23. Februar 2017 fand mit Vertretern der österreichischen und der Schweizer Behörden (Tiefbauämter, Polizei, Zoll) ein Augenschein beim Zollamt Kriessern–Mäder statt. Dabei wurden verschiedene Massnahmen wie die Erweiterung der Autobahnausfahrt, Standplätze auf Schweizer Seite, Abrufanlage mit vorgelagerten Warteräumen auf beiden Seiten, Brückenausbauten sowie auch ein Gemeinschaftszollamt auf österreichischer Seite diskutiert. Die Schaffung eines Gemeinschaftszollamtes auf österreichischer Seite stellte sich dabei als die beste Lösung heraus. Unter Federführung des Landes Vorarlberg und des Kantons St.Gallen soll deshalb die Einrichtung einer provisorischen Gemeinschaftszollanlage auf dem Gemeindegebiet Mäder vorangetrieben werden.

Eine Erweiterung der Autobahnausfahrten mit Standstreifen auf Schweizer Seite wurde aufgrund der engen Verhältnisse insbesondere im Knotenbereich als nicht zielführend eingeschätzt. Die Umsetzung von Massnahmen im Nationalstrassenperimeter wird durch das Bundesamt für Strassen ohnehin nur in ordentlichen Unterhaltsabschnitten vorgenommen und entspricht somit nicht den zeitlichen Vorstellungen der Regierung.

3. Die Schaffung eines Gemeinschaftszollamtes würde entsprechende rechtliche Anpassungen im staatsvertraglichen Bereich erfordern. Auch müssen verschiedene technische und bauliche Massnahmen geplant und realisiert werden. Die Regierung ist mit den zuständigen Bundesstellen regelmässig in Kontakt. Die Anliegen wurden mehrmals angebracht und werden von den Bundesstellen auch ernst genommen. Mit dem Vorgehen zur Einrichtung einer provisorischen Gemeinschaftszollanlage erhofft sich die Regierung, möglichst rasch eine Verbesserung am Grenzübergang Kriessern–Mäder zu erreichen.